

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.11 - 58. Jahrgang

24. Mai 2008

## Thema der Woche:

### Schulen bekommen 200 neue Stellen

Zur Verbesserung der pädagogischen Arbeit erhalten die Berliner Grundschulen zum nächsten Schuljahr zusätzliche Lehrkräfte- oder Erzieherstunden. Dafür stellt die Bildungsverwaltung Mittel in einem Umfang von umgerechnet rund 200 Erzieherstellen zusätzlich zur Verfügung. Mit einer Verbesserung der Ausstattung der Grundschulen in diesem Umfang hatte bis dahin wohl niemand gerechnet.

Aber auch das Verfahren der Bereitstellung, nämlich den Schulen die Wahl zu lassen,

1. ob sie zusätzliche Lehrkräfte- oder Erzieherstunden einsetzen wollen
  2. und ob sie die zusätzlichen Erzieherinnen aus dem öffentlichen Dienst oder von freien Trägern beschäftigen wollen,
- ist für sich genommen schon ein großer schulorganisatorischer Fortschritt.

Diese Flexibilität ist mir sehr wichtig. Es werden deshalb keine Schulen in eine Zusammenarbeit mit freien Trägern gezwungen. Tatsächlich empfehle ich allerdings allen Schulen, die Zusammenarbeit mit freien Trägern ergebnisoffen zu prüfen. Denn die Erfahrungen von Schulen, die mit freien Trägern zusammenarbeiten, zeigen, dass diese Zusammenarbeit zu ausgezeichneten Ergebnissen führt.

Unabhängig davon, wie viele Schulen zum kommenden Schuljahr mit freien Trägern kooperieren werden: Wir werden diese pädagogischen Verbesserungen zum nächsten Schuljahr in den öffentlichen Grundschulen sicherstellen

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner □



Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner ist Senator für Bildung und Wissenschaft.

## Sozialpolitik:

### „Sozialstaat bekämpft Armut“

SPD lädt zum Zukunftskongress nach Nürnberg

Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, den Arbeitsminister Olaf Scholz am Montag vorgestellt hat, lebt jeder achte Deutsche in Armut. Ohne staatliche Hilfen würde jeder vierte Bürger als arm gelten. Scholz machte aber auch deutlich: **„Wir haben ein erfolgreiches Instrument zur Armutsbekämpfung, den Sozialstaat.“**

Um Armut künftig zu vermeiden, will die SPD vor allem bei der Bildung ansetzen. Das SPD-Präsidium sprach sich dafür aus, dass Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss einen Rechtsanspruch bekämen, einen solchen Abschluss mit Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit nachzuholen. „Es geht darum, sozialen Aufstieg in Deutschland zu ermöglichen und zu sichern“, so SPD-Generalsekretär Hubertus Heil.

„Vorsorgender Sozialstaat und gleiche Lebenschancen“ ist ein wichtiges Thema auf dem Zukunftskongress der SPD am 31. Mai in Nürnberg. Im entsprechenden Forum diskutieren u.a. Renate Schmidt, Wolf-



Der Deutschland-Dialog der SPD wird in Nürnberg auf dem Zukunftskongress fortgesetzt.

Foto: SPD/Schwedhelm

gang Thierse und Andrea Ypsilanti. Im Forum „Gute Arbeit“ werden u.a. mit Andrea Nahles, Ulla Schmidt und Olaf Scholz Vorschläge entwickeln. Zum Thema „Nachhaltiges Wirtschaften diskutieren Sigmar Gabriel, Hannelore Kraft, Peer Steinbrück, Wolfgang Tiefensee, über „Internationale Politik und Europa“ sprechen Dr. Frank-Walter Steinmeier, Dr. Peter Struck und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Insgesamt sind 20 Foren geplant.

BS □

## Bundesrat:

### Die richtige Lissabon-Strategie?

SPD: Vertrag schafft bessere Chancen für ein soziales Europa

**Unterschiedliche Einschätzungen zum Vertrag von Lissabon bestimmten bis zuletzt die Verhandlungen über das Abstimmungsverhalten der rot-roten Koalition im Bundesrat.**

Für die Berliner SPD bietet der Lissabon-Vertrag - bei allen Unzulänglichkeiten, die den 27 unterschiedlichen Verfassungs- und Gesellschaftsordnungen geschuldet sind - Verbesserungen: Die Grundrechtecharta wird rechtsverbindlich, ein Zielkatalog verpflichtet die EU auf eine Politik der Vollbeschäftigung, des sozialen Fortschritts und der Bekämpfung der Armut (siehe BS vom 3. Mai).

Unter diesen Gesichtspunkten hielten

die SPD-Senatoren eine Zustimmung im Bundesrat am Freitag (nach Redaktions-

## IN DIESER AUSGABE

GEMEINSAM WERTE DISKUTIEREN	SEITE 3
TRANSPARENZ IM PFLEGESEKTOR	SEITE 5
HORST BOSETZKY LAS IM KSH	SEITE 16

schluss) für wünschenswert, die Linkspartei kritisiert den Lissabon-Vertrag wie auch der DGB als nicht weitreichend genug und plädierte für eine Enthaltung Berlins. SPD-Vertreter riefen die Linkspartei auf, in dieser Frage die Symbolkraft der Entscheidung für Berlin nicht zu unterschätzen.

BS □

## Medienpolitik:

# Digitalhauptstadt Berlin

Klaus Uwe Benneter: Auf der Höhe der Zeit bleiben

**„Be Berlin!“ ist das neue Motto der Hauptstadt und „Berlin sein!“ heißt auch digital sein. Denn Berlin ist nicht nur Bundes-, sondern auch „Digitalhauptstadt Deutschlands“.**

Es sind nicht nur die vielen Firmen, die basierend auf den Neuen Medien ihre Geschäftsmodelle in Berlin experimentieren und Berlin ein digitales Gesicht verleihen. Es sind die BerlinerInnen selbst. 68 Prozent der BerlinerInnen sind online (Quelle: Nonlinear Atlas 2007), nutzen also das Internet regelmäßig. Das ist der höchste Anteil aller Bundesländer. In Berlin zeigt sich die Digitalisierung aber nicht nur in der Verbreitung und Verbreiterung des Internets. Auch das bereits vollständig digitale Kabelfernsehen und gut ausgebaute mobile Funk- und Datennetz sind neue Grundlagen für Wachstum, Kreativität und mittlerweile auch Bildung in Berlin.

Spricht man mit Lehrerinnen und Lehrern, erfährt man jedoch auch von den schwierigen Aspekten der Internetnutzung. Denn nicht nur Schüler, für die das Internet längst die Hauptwissensquelle geworden ist, gehen häufig unreflektiert mit den Inhalten des Internets um. Internet-Lexika wie Wikipedia oder Blogbeiträge werden für die Nutzer häufig zur letztgültigen Wahrheit, die Internetsuchmaschinen werden zum alleinigen Einstieg in Information. Die verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz ist deshalb von grundlegender Bedeutung. Medienkompetenz ist der Schutz davor, vom Surfer zum Ertrinkenden der IT-Welle zu werden. Darüber hinaus ist Medienkompetenz aber auch ein Standortfaktor, der immer mehr an Bedeutung gewinnt.

## Tibet-Solidarität:

## „Respekt und Sympathie“

Wowereit: Es gibt keine Alternative zum friedlichen Dialog

**Der Dalai Lama habe als religiöses Oberhaupt des tibetischen Buddhismus, als Friedensnobelpreisträger, aber auch einfach als Person durch sein jahrzehntelanges Eintreten für Gewaltfreiheit, Menschenrechte und friedlichen Dialog weltweit großen Respekt und millionenfache Sympathie erworben. Das sagte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit in einem Grußwort anlässlich der Tibet-Solidaritätskundgebung am Brandenburger Tor.**

Seine Beharrlichkeit wie sein Charisma

Die Digitalisierung stellt auch den öffentlichen Rundfunk vor neue Herausforderungen. Digitalisierung heißt auch Ausweitung der Medienwege und -inhalte. Um junge und digitale Nutzer wieder stärker ansprechen zu können, müssen ARD und ZDF in der Lage sein, ihre Programminhalte auch auf digitalem Wege zur Verfügung zu stellen. Es hat sich bereits gezeigt, dass vor allem junge Nutzer über das Internet zum öffentlich-rechtlichen Angebot (zurück)finden. Und in einer Zeit, in der die 14 bis 19-Jährigen bereits genauso oft im Internet surfen, wie sie fernsehen, müssen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die rechtlichen Möglichkeiten gegeben werden, sie auch dort zu erreichen.

Für viele von uns mag es ein ungewohnter Gedanke sein, aber die Signale sind eindeutig: Mit den neuen Möglichkeiten der Digitalisierung werden viele Routinen des Alltagslebens neu gestaltet. Sei es nun die Recherche im Nachschlagewerk oder das klassische Fernsehen. Die Zukunft von Bildung und Information liegt in der digitalen Welt und dafür müssen wir gerüstet sein, durch eine Medienpolitik auf der Höhe der Zeit.



Klaus Uwe Benneter ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Medienkommission. Foto: SPD

Klaus Uwe Benneter □

➔ siehe auch Seite 10

hätten den Dalai Lama zum Anwalt derer werden lassen, deren Wünsche und Träume sich in den Begriffen Gerechtigkeit und Frieden zusammenfassen lassen.

Wowereit: „Der Senat von Berlin und auch ich persönlich unterstützen das Bestreben des Dalai Lama nach größtmöglicher kultureller und religiöser Autonomie der Tibeter und ich begrüße nachdrücklich die Aufnahme von Gesprächen zwischen den Vertretern des Dalai Lama und der chinesischen Staatsführung. Wir alle wissen, es gibt keine Alternative zum friedlichen Dialog.“

PM □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Ursula Engelen-Kefer**, frühere DGB-Vizechefin und seit 1986 Mitglied des SPD-Bundesvorstands, will bei der Bundestagswahl 2009 in Bayern gegen den stellvertretenden CSU-Vorsitzenden und Bundesverbraucherminister Horst Seehofer antreten. Der SPD-Verband Eichstätt will sie nach Angaben des Unterbezirks-Vorsitzenden Sven John als Direktkandidatin nominieren und sie für einen guten Listenplatz vorschlagen. Die bayrische SPD stellt ihre Landesliste im Dezember 2008 auf.

**Dr. Fritz Felgentreu**, Neuköllner SPD-Vorsitzender, hat sich am Dienstag an der Neuköllner „Woche der Sprache und des Lesens“ beteiligt. Im Bürgerbüro der SPD am Herrfurthplatz las er zum Thema „Götter, Krieger und Zyklopen“ aus Sagen des Altertums nach Gustav Schwab.



**Iлона Denk**, Mitarbeiterin im Mitgliederservice der Berliner SPD, nutzte einen Urlaub im Bayrischen Wald mit ihrem Mann dazu, dem frischgewählten SPD-Bürgermeister von Bodenmais Grüße der Berliner SPD zu überbringen. Der 23-jährige Politik- und Volkswirtschaftsstudent Michael Adam, der sich im März in der Stichwahl gegen den langjährigen CSU-Amtsleiter durchsetzen konnte, hat sein Amt am 1. Mai 2008 angetreten und ist damit - auch zur eigenen Überraschung - Deutschlands jüngster Bürgermeister. Denn er ist nach eigenem Bekenntnis all das, was man in der Region eigentlich nicht sein sollte: jung, evangelisch und schwul. □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Aboservice:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORREkt Mailingservice Berlin

## Soziale Stadt:

# „Quartier nach vorn“

Verbesserungen werden in der Stadt sichtbar

In vier Stadtquartieren läuft das Quartiersmanagement aus, die Kieze haben sich stabilisiert. Für die übrigen Gebiete der Sozialen Stadt hat der Senat die Laufzeit bis 31. Dezember 2009 verlängert.

Die Gebiete Helmholtzplatz, Boxhagener Platz und Falkplatz erhalten auf Grund ihrer positiven Entwicklung ab 2009 keine weitere Förderung, Oberschöne-weide ab 2010. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer: „Das zeigt, dass wir die richtige Richtung eingeschlagen haben. Nun werden wir prüfen, ob weitere Gebiete gestärkt und gefördert werden sollen. Wir arbeiten eng mit den Bezirken zusammen und orientieren uns am Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2007, in dem Gebiete mit niedriger Entwicklungstendenz definiert wurden.“

Sozialräume sollen zukünftig die Grundlage für Verwaltungsentscheidungen, beispielsweise bei der Schulplanung, der Planung des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder der Gestaltung von öffentlichen Plätzen, geben. Ziel ist ein kooperativer, am Sozialraum orientierter Planungsansatz. Die jeweils zuständigen Senats- und Bezirksverwaltungen sollen mit lokalen Vereinen oder Unternehmen für ihren Kiez ge-



Oberschöne-weide: Positive Entwicklung im Kiez.  
Foto: Horb

meinsam planen. Dieser neue ressortübergreifende Planungsansatz ist ein wesentlicher Teil der strukturellen Neuausrichtung durch die „Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung“.

Ab 2009 startet ein stadtweiter Wettbewerb „Quartier nach vorn“. Mit finanziellen Anreizen sollen besonders vielversprechende Quartiersaktionen - auch außerhalb der Quartiersmanagementgebiete - unterstützt und gute Beispiele bekannt gemacht werden. Ingeborg Junge-Reyer: „Wir möchten in Zukunft verstärkt auch Akteure der Zivilgesellschaft wie Vereine, Unternehmer oder Schulen in zu erarbeitende Stadtteilkonzepte und -projekte einbinden.“

BS □

## Rundfunk:

## „Radio Multikulti“ erhalten

Für den Erhalt von „Radio MultiKulti“ haben sich mehrere SPD-Abgeordnete, darunter die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration der Berliner SPD, Ülker Radziwill, ausgesprochen. „Der Radiosender MultiKulti leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Berlin. Deutschlandweit bildet kein anderer Sender die Vielfalt der multikulturellen Gesellschaft besser ab. Daher muss dieses Angebot erhalten werden.“

Die Berliner SPD-Abgeordnete forderte die Intendantin des RBB Frau Reim auf, das Programm zu erhalten und so die Vielfalt - auch im Rundfunk - zu sichern. „Dieser Sender ist als Sparopfer das falsche Signal an die multikulturelle Gesellschaft in Berlin! Radio MultiKulti muss erhalten werden, um die Integrationserfolge zu fördern und zu zeigen! Auch Integration braucht verbindliche und verlässliche Strukturen. Der öffentlich rechtliche Rundfunk muss dazu seinen Teil beitragen.“

Die Friedrichshain-Kreuzberger SPD hat auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung am 17.5. einen einstimmigen Beschluss zum Erhalt von radio MultiKulti gefasst. Der SPD-Abgeordnete Stefan Zackenfels zeigte sich befremdet über den Vorstoß von rbb-Intendantin Dagmar Reim, „der Berliner Vielfalt im Hörfunk den Garaus machen zu wollen“.

PM □

## Werte-Unterricht:

# „Kooperation statt Konfrontation“

Christian Gaebler: Ethikunterricht braucht die Gemeinsamkeit

**Der Berliner SPD gehe es nicht um eine Konfrontation mit den Kirchen, sondern um eine gute Lösung für eine gemeinsame Wertevermittlung in den Berliner Schulen. Das erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Christian Gaebler.**

Die Einführung des Faches Ethik in den Oberschulen habe sich aus dem Bedarf nach einer Regelung für ein spezielles Fach zur Auseinandersetzung mit Grundwerten der Gesellschaft, ihren Wurzeln in und Beziehungen zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und ihrer Bedeutung für das Zusammenleben ergeben, so Gaebler. Grund waren auch die zum Teil sehr geringen Teilnahmezahlen am Unterricht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Oberschule. Das Angebot eines freiwilligen Unterrichts der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wie es in Berlin seit 1946 besteht, werde weiterhin staatlich finanziert, so Gaebler. Für die Grundschulen haben Senat

und Abgeordnetenhaus auf die Einführung des Ethikfaches verzichtet, da hier durch das Wahlrecht der Eltern und den hohen Anteil am bestehenden freiwilligen Unterricht der Handlungsbedarf geringer eingeschätzt wurde.

„Wir wollen nicht Konfrontation, sondern Kooperation“, so Gaebler. „Die SPD hat bereits bei Einführung des Ethik-Unterrichts in den Oberschulen eine enge Kooperation mit den Angeboten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gefordert und unterstützt. Aus unserer Sicht ist dies der richtige Weg, einen gemeinsamen Werteunterricht aller Schülerinnen und Schüler durch die wichtigen Beiträge der Kirchen und anderer zu bereichern.“ Ein Wahlpflichtfach dagegen bedeute eine Aufteilung der Kinder nach Glaubensrichtungen und eine getrennte Auseinandersetzung mit den Werten unserer Gesellschaft. Dies widerspreche allen Forderungen nach Integration und Zusammenwachsen der Kulturen und Glaubensrichtungen, sagte Gaebler.

Auch der gegenseitige Respekt könne besser in einem gemeinsamen Unterricht in direkter Diskussion miteinander erreicht werden. Christian Gaebler: „Die Konsequenz aus der Initiative PRO RELI ist die Einführung des Ethikfaches für alle Klassenstufen und sie eröffnet damit die Diskussion über die Grundschule neu. Die Einführung wird in jedem Falle zu Lasten der derzeitigen Anbieter gehen, da insbesondere die evangelische Kirche hohe Teilnahmezahlen in den Grundschuljahrgängen verzeichnet. Aus unserer Sicht gibt es derzeit keinen Handlungsbedarf in der Grundschule.“

Mir einer Veranstaltung meldete sich am Dienstag die Initiative Pro Ethik zu Wort, die sich für den Erhalt und die Verbesserung des Ethikunterrichts einsetzt. Dabei warb u.a. FU-Professor Michael Bongardt für das gemeinsame Pflichtfach Ethik. Es komme darauf an, dass die Schüler verschiedener Konfessionen und Anschauungen gemeinsam ins Gespräch kämen, erklärte Bongardt.

BS □



Gedenken:

# „Als Mahnung ständig präsent“

## Erinnerung an die Bücherverbrennung vor 75 Jahren

Anlässlich des 75. Jahrestages der Bücherverbrennung lud die Berliner SPD zu einer Gedenkveranstaltung auf dem Bebelplatz ein. Gemeinsam mit der Humboldt-Universität, dem spanischen Kulturinstitut Cervantes und der Stiftung Tres Culturas wurde ein abwechslungsreiches Programm aus Kultur und Politik auf geschichtsträchtigem Boden organisiert.

Der ehemalige Opernplatz war 1933 Schauplatz des schrecklichen Schauspiels, das nationalsozialistische Studenten als Höhepunkt der Aktion „Wider den undeutschen Geist“ veranstalteten. Pünktlich um 11 Uhr fanden sich auf den Tag genau 75 Jahre später viele Interessierte vor der Bühne ein, auf der Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer die Gedenkveranstaltung eröffnete. Unter den Gästen befanden sich auch der israelische Botschafter Yoram Ben-Zeer, Dr. Joachim Gauck und die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Lala Süßkind.

Zentrales Thema der verschiedenen Redebeiträge war unter anderem die unglaubliche Dimension der Bücherverbrennung. Diese war der Auftakt einer Entwicklung, in deren Verlauf wenig später Syna-



Gedenkveranstaltung zur Bücherverbrennung.

Foto: Frenzel

gogen und letztlich auch Menschen verbrannt wurden. Neben den eindrucksvollen Worten der Bürgermeisterin machte auch der musikalische Beitrag von Avitall Gerstetter, der Kantorin der jüdischen Gemeinde in Berlin, auf diese Verbindung aufmerksam. Leitmotiv war hier die Bücherverbrennung als Beginn der Shoa. Christian Hanke, Schirmherr der Veranstaltung und Bezirksbürgermeister von Berlin Mitte, erinnerte an die vielen sozialdemokrati-

schen Autoren, die sich unter den verfeindeten Schriftstellern befanden. Das Gedenken an sie mache die Beteiligung der SPD zu einer Herzensangelegenheit, so Hanke.

Der Präsident der Humboldt Universität, Prof. Dr. Marksches, verdeutlichte, dass die Erinnerung an die Beteiligung von Studenten der heutigen HU neben der stolzen Wissenschaftstradition als Mahnung ständig präsent sein muss. Doch nicht nur die Studenten trugen die Verantwortung für dieses Verbrechen an der Moderne. Gerade die tragende Rolle großer Teile der Gesellschaft verdeutlicht die aktuelle Bedeutung der Ereignisse von einst.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, der Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD identifizierte dementsprechend die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft in der Demokratie. Diese hatte 1933 versagt und begründete den frühen Rückhalt der Nazis in der Bevölkerung. Einer aktiven Zivilgesellschaft bedarf es jedoch, um einer Politikverdrossenheit und damit einer Gefährdung der Demokratie entgegenzuwirken. Auch wenn sich letztlich die stärkeren Ideen durchgesetzt haben, muss sich Demokratie auch heute noch ständig neu beweisen.

Matthias Frenzel □

Verkehr:

## Mit der S-Bahn auf die Rote Insel

### Bahnhof Julius-Leber-Brücke verknüpft Schöneberger Kiez - Empörung über Vandalismus

Es ist vollbracht: Der jahrzehntelang geplante Neubau des S-Bahnhofes an der Kolonnenstraße in Schöneberg wurde jetzt der Öffentlichkeit übergeben. In ihrer Eröffnungsrede hatte die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, die notwendige Anbindung des Schöneberger Kiezes begrüßt. Besonders empört zeigte sie sich deshalb nach den Zerstörungen der vergangenen Woche, bei der Glaswände zerschlagen, Automaten zerstört und Parolen an die Wände geschmiert wurden.

Durch den Krieg zerstört, fehlte der Bahnhof seit 1944 als zentraler Anknüpfungspunkt des Kiezes an den S-Bahnverkehr. Die Vandalismusschäden seien jetzt nicht nur für diejenigen, die am Bau der S-Bahn-Station mitgewirkt hätten, eine sehr frustrierende Erfahrung, sondern auch für alle Bürger, die sich mit großem Engagement für diese neue Station eingesetzt hätten, so Ingeborg Junge-Reyer.

Die Züge der S1 halten von nun an im 10-



In Betrieb: Der Bahnhof Julius-Leber-Brücke erinnert an den sozialdemokratischen Widerstandskämpfer

Foto: Horb

Minuten-Takt an der Julius-Leber-Brücke. Verstärkt wird der verkehrspolitische Nutzen des Bahnhofes durch die unkomplizierte Umsteigemöglichkeit zur wichtigen Buslinie 104 vor Ort.

Noch wird an einigen Zugängen gebaut, spätestens Ende des Jahres wird die vollständige Inbetriebnahme erreicht sein. Doch schon jetzt werden täglich bis zu 17.000 Fahrgäste erwartet.

Neben den Vorteilen für die Kiezbewohner wird der Bahnhof auch Touristen anlocken: Nicht weit entfernt liegen das Geburtshaus von Marlene Dietrich oder das Gasometer. Dieses Industriedenkmal war bis jetzt oft nur aus dem Fenster der S-Bahn erlebbar. Nun kann der Kiez auch zu Fuß bequem erschlossen werden.

Gleiches gilt für das Wohnhaus des Namensgebers, Julius Leber. Der Sozialdemokrat und aktive Widerstandskämpfer wohnte bis zu seiner Hinrichtung durch die Nazis auf der „Roten Insel“, wie der Kiez noch heute oft genannt wird. Als führender Kopf des Attentats vom 20. Juli 1944 wurde er im letzten Kriegsjahr hingerichtet. Die Erinnerung an Leber wurde gegen den Willen der CDU durch die Beharrlichkeit der SPD durchgesetzt. Der Bahnhof erhält somit seinen mittlerweile dritten Namen. Nach „Schöneberg“ und „Kolonnenstraße“ wird mit „Julius-Leber-Brücke (Kolonnenstraße)“ ein würdiger Neuanfang an historischem Ort geschaffen.

Matthias Frenzel □

Mechthild Rawert:

# Mehr Transparenz im Pflegebereich

## Pflegereform wird auch für Berlin massive Qualitätssprünge bringen

**Mit der Verabschiedung des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes ist eine neuerliche Debatte um die Qualität in der Pflege insbesondere im stationären Bereich entbrannt - zu Recht, wie ich finde, denn es gibt sie ja, die schwarzen Schafe unter den Pflegeeinrichtungen. Und selbstverständlich muss man ihnen das Handwerk legen. Ich warne allerdings davor, den gesamten Pflegektor über einen Kamm zu scheren und derart zu verunglimpfen und zu kriminalisieren wie jüngst in einem sozialdemokratischen Blatt.**

Meine Überzeugung habe ich in der rbb-Fernsehdiskussion „Klipp und Klar“ dargelegt: Die Pflegereform wird zu massiven Qualitätssprünge auch im stationären Sektor führen. Vom Jahr 2011 an wird jede Pflegeeinrichtung einmal im Jahr auf ihre Qualität hin überprüft - und das unangemeldet. Bis dahin muss jede zugelassene Einrichtung noch mindestens einmal geprüft werden. Wir Sozialdemokrat/inn/en haben für den Ausbau dieser externen Qualitätssicherung gesorgt und verhindern dadurch, dass bislang unentdeckte „schwarze Schafe“ weitermachen können.

Besonders wichtig bei der bevorstehenden Qualitätsoffensive ist, dass die Prüfergebnisse der Öffentlichkeit in verständlicher Form im Internet bzw. durch einen Aushang in den Eingangshallen der Pflegeeinrichtungen zugänglich gemacht werden müssen. Damit steht Pflegebedürftigen und deren Angehörigen ein Instrument zur Verfügung, mit dem sie die wohlgeachtet von unabhängiger Stelle überprüfte Qualität bei der Auswahl einer Einrichtung mit zum Entscheidungskriterium machen können. Ich bin sicher: Die kontinuierliche Überprüfung der Einrichtungen wird zu einem stärkeren Qualitätswettbewerb zwischen den Einrichtungen und zu einem insgesamt höheren Qualitätsniveau führen.

Unter Mitwirkung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung Berlin-Brandenburg e.V. (MDK) hat die MDK-Gemeinschaft im vergangenen Jahr ein Konzept zur leicht verständlichen Bereitstellung ihrer Prüfergebnisse erarbeitet, welches gegenwärtig auf Bundesebene von den Pflegekassen geprüft wird. Für die Veröffentlichung tragen die Pflegekassen nach dem Willen des Gesetzgebers die Verantwortung. Nach dem MDK-Modell ist ein mehrstufiges Zugriffsverfahren vorgesehen, an dessen erster Stelle Interessierte einsehen können, welchen Rang in einer Klassifizierung (z.B. ähnlich der Sterne bei



Die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert (m.) - hier bei einem Besuch der Charité, ist Mitglied des Ausschuss für Gesundheit

Hotels) eine Einrichtung einnimmt, wie viele Plätze es gibt, wann das Heim zuletzt geprüft wurde, in welcher Relation das Ergebnis zum Durchschnitt im Bund oder Land steht.

In einem weiteren Schritt können Daten abgefragt werden zur Strukturqualität (sichere/altersgerechte Ausstattung, Rückzugsmöglichkeiten etc.), zur Prozessqualität (Ablauf und Effektivität der Arbeitsprozesse etc.) sowie zur Ergebnisqualität (Zustand und Zufriedenheit der versorgten Pflegebedürftigen). Zur Ergebnisqualität gehört auch die direkte Befragung der HeimbewohnerInnen. Gegenwärtig befragt der MDK etwa jede/n zehnte/n Bewohner/in nach seiner/ihrer Zufriedenheit. Auch diese Antworten auf rund 20 Fragen sollen für die Öffentlichkeit künftig - eins zu eins wiedergegeben - einsehbar gemacht werden. Die Anonymität der befragten Bewohner bleibt bei der Veröffentlichung selbstverständlich gewahrt.

Doch bei allen Prüfungen und Veröffentlichungen muss es auch Sanktionsmöglichkeiten geben, mit denen wir auf Qualitätsdefizite reagieren können. Wir haben deshalb mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz die Option geschaffen, Pflegeeinrichtungen so lange zu untersagen, neue Pflegebedürftige aufzunehmen, bis sämtliche Mängel nachvollziehbar beseitigt sind. Als letztes Mittel können die Pflegekassen auch den Versorgungsvertrag mit qualitativ schlechten Heimen aufkündigen.

Im Hinblick auf die Eigenverantwortung der Einrichtungen zur Verbesserung der Qualität bin ich hier in Berlin schon jetzt optimistisch. Die Berliner Transparenzoffensive, bei der Einrichtungen auf freiwilliger Basis in einer öffentlich zugänglichen Datenbank Angaben zu ihrem Haus machen können, stößt auf großes Interesse auch bei den Einrichtungen selbst. Rund 80 Prozent der stationären Einrichtungen ha-

ben ihre ausgefüllten Fragebögen bereits ins Netz gestellt. Das ist ein großer erster Schritt hin zu mehr Transparenz und vor allen Dingen zu mehr Qualität. Letztlich wird es sich keine Einrichtung leisten können, schlechte Pflege anzubieten. Auf dem Markt durchsetzen werden sich nur die qualitativ guten Pflegeeinrichtungen. Verbraucherinnen und Verbraucher haben aufgrund unserer aktuellen Pflegereform gute Möglichkeiten, sich zu informieren und auf dieser Grundlage die richtige Einrichtung für sich oder für ihre Angehörigen zu finden. **Mechthild Rawert, MdB** □

Kulturforum:

## Ein Bibliotheksgesetz für Berlin?

**Zu einer Diskussion über die Situation der öffentlichen Bibliotheken in Berlin lädt das Kulturforum der Sozialdemokratie am 27. Mai**

Im Dezember 2007 hat die Enquete-Kommission Kultur in Deutschland des Deutschen Bundestages ihre vierjährige Arbeit beendet und den Abschlussbericht vorgelegt. Dieser liefert eine umfassende Bestandsaufnahme und Analyse der kulturellen Infrastruktur Deutschlands und enthält wichtige Handlungsempfehlungen, die an den Bund, an die Länder und an die Kommunen gerichtet sind. Eine zentrale Rolle bei den Empfehlungen spielen die öffentlichen Bibliotheken.

Die Enquete hat in ihrer Bestandsaufnahme festgestellt: Vor allem finanzielle Probleme führen dazu, dass Bibliotheken geschlossen oder ihr Medienangebot nicht mehr aktualisiert werden kann. Um sie als kulturelle Gedächtnisorte und wichtige Bildungseinrichtungen zu erhalten, bedarf es nach ihrer Auffassung der gesetzlichen Verankerung der Bibliotheken als Pflichtaufgabe. Deswegen plädiert sie in ihren Handlungsempfehlungen, in den Ländern bundesweit Bibliotheksgesetze zu erlassen, welche die Bibliotheken zur öffentlichen Pflichtaufgabe erklären. Unter der Moderation von Winfried Sühlo diskutieren Prof. Dr. Claudia Lux, Generaldirektorin der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek, Dr. Engelbrecht Boese, Leiter der Stadtbibliothek Tempelhof/Schöneberg und Siegmund Ehrmann, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete. **PM** □

➔ Dienstag, 27. Mai, 19 Uhr 30, Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Haus Berliner Stadtbibliothek, Breite Str. 36, 10178 Berlin-Mitte, Berlin-Saal.



## FRAKTION INTERN

**Podiumsdiskussion: Vollzeitschulische Ausbildung - gleichwertige Alternative zum Dualen System?** Wird die Berufsausbildung in Zukunft ohne die Unternehmen stattfinden? Die SPD wird die Unternehmen jedenfalls nicht aus der Pflicht entlassen. Aber aktuelle Zahlen für Berlin und Brandenburg geben Anlass zur Sorge: Denn von den 41.560 an den Berufsschulen gemeldeten Schülern im 1. Schuljahr sind nur 17.430 im dualen Berufsausbildungssystem mit betrieblicher Beteiligung eingegangen. Weniger als die Hälfte der Jugendlichen kann damit eine Ausbildung im Dualen System absolvieren.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind daher gefordert, neue Lösungen auch jenseits der betrieblichen Ausbildung zu finden. Die so genannte vollschulische Ausbildung ist eins der Angebote, die bereits in der Praxis erfolgreich laufen. Im OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen in Berlin-Prenzlauer Berg wird die Möglichkeit angeboten eine komplexe Lehre zu absolvieren.

Ist diese Form der Ausbildung eine Alternative zu den bestehenden Systemen? Kann die Qualitätssicherung in der Ausbildung dadurch gewährleistet werden? Im OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen wird die SPD-Fraktion mit namhaften Experten aus der Praxis und der Wissenschaft diese Fragen diskutieren.

Christa Müller, Sprecherin für berufliche Bildung der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie wird die Veranstaltung moderieren und "möchte die Qualitätssicherung der Ausbildung für die jungen Erwachsenen in den Mittelpunkt rücken". Es diskutieren der Senator Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Prof. Dr. Tade Tramm, Universität Hamburg, Stefan Marien, Schulleiter OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen, Heino Schrader, SAP und Eleonore Bausch, IHK Berlin.

Neben der Podiumsdiskussion besteht die Möglichkeit, ein Lernbüro zu besichtigen und mit den Auszubildenden vor Ort zu sprechen sowie im Anschluss individuelle Gespräche zu führen.

➔ **Vollzeitschulische Ausbildung - gleichwertige Alternative zum Dualen System?** Podiumsdiskussion am Mittwoch, 4. Juni 2008, 18 - 20 Uhr, OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen, Mandelstraße 6-8, 10409 Berlin

**Tag der offenen Tür.** Am 7. Juni von 11 bis 18 Uhr findet der diesjährige Tag der offenen Tür des Berliner Abgeordnetenhauses statt. Die SPD-Fraktion wird sich dort mit einem eigenen Stand präsentieren, zahlreiche Abgeordnete stehen im Laufe des Tages für Gespräche zur Verfügung.

TM □

## „Mieten-Erwin“ feierte 101. Geburtstag

**Am 10. Mai feierte Erwin Tenschert seinen 101. Geburtstag im Kreise seiner Familie und seiner Freunde.**

Erwin, der trotz seines hohen Alters noch immer mit seiner Frau zu Hause lebt, lud seine Gäste in seinen Garten ein. "Erwin Tenschert ist ein Leben lang verbunden mit der sozialdemokratischen Idee. Das finde ich beeindruckend", sagte Matthias Albrecht, Vorsitzender der SPD Neukölln-Mitte, der Erwin an seinem Ehrentag besuchte. In der Tat, genauso beeindruckend wie sein Alter sind auch seine politischen Aktivitäten: seit 83 Jahren ist er Mitglied der SPD, war nach dem 2. Weltkrieg Redakteur beim sozialdemokratischen Telegraf, wo er sich um die Themen Mieten und Gewerk-



Erwin Tenschert und Matthias Albrecht.

schaftsarbeit kümmerte. Dies brachte ihm auch den Spitznamen "Mieten-Erwin" ein. Viele Jahre war Erwin ehrenamtliches Aufsichtsratsmitglied der Wohnungsbaugenossenschaft IDEAL, die übrigens in seinem Geburtsjahr gegründet wurde. **PM □**

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

**Landesparteitag am 21. Juni.** Der Landesparteitag der Berliner SPD findet am Samstag, 21. Juni 2008 ab 9.00 Uhr (Einlass ab 8.00 Uhr) im BCC – Berliner Congress Centrum, Alexanderstr. 11, 10178 Berlin, statt. Die Tagesordnung und die derzeit vorliegenden Anträge stehen im Internet unter [www.berlin.spd.de](http://www.berlin.spd.de) zur Verfügung, das vollständige Antragsbuch wird Ende kommender Woche - nach der Sitzung der Antragskommission am 28. Mai - dort veröffentlicht. Der Parteitag wird nach den Wahlen des Präsidiums und der Kommissionen mit dem Bericht des Landesvorsitzenden Michael Müller eröffnet. Anschließend spricht der SPD-Vorsitzende Kurt Beck zum Thema „Für ein soziales und leistungsfähiges Deutschland“. Für die Vorstandswahlen steht wieder ein elektronisches Abstimmungssystem zur Verfügung.

**AfB-Wahlen.** Bei der AfB-Landesvorstandswahl am 7. Mai 2008 wurde der im November 2006 gewählte AfB-Vorstand im Amt bestätigt. Monika Buttgerreit (Tempelhof/Schöneberg) bleibt AfB-Landesvorsitzende, als Stellvertreter wieder gewählt wurden Andreas Boehme (Tempelhof/Schöneberg), Michael Nové (Mitte) und Erhard Kohlrausch (Reinickendorf). Schriftführerin blieb Sigrid Klebba aus Friedrichshain/Kreuzberg.

**ASJ-Wahl.** Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) hat Vera Junker wieder zur Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreter sind Fred Skroblin und Stephan Kassel. Zur Schriftführerin wurde Annegret Ortling gewählt.

**AG Migration hat gewählt.** Ülker Radziwill bleibt Vorsitzende der AG Migration, ihre Stellvertreter sind Canan Bayram und Ahmet Iyidirli, Schriftführer ist Joschka Langenbrink.

**Bürgerbüro in Weißensee.** In Weißensee gibt es jetzt ein Bürgerbüro der SPD. Es steht allen benachbarten Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Gesprächsgruppen für ihre Arbeit zur Verfügung. Auch befreundete Organisationen (AWO, SJD DIE FALKEN u. a.) können die Räumlichkeiten gerne nutzen. Das Bürgerbüro ist regelmäßig donnerstags von 16 – 18 Uhr (außer an Schulferien und Feiertagen) geöffnet. Im Bürgerbüro hält auch regelmäßig Peter Treichel, MdB, seine Bürgersprechstunde ab. Das Büro liegt in der Großen Seestraße 2, 13086 Berlin, an der Tram- und Bushaltestelle Berliner Allee / Rennbahnstraße. Kontakt: [peter.treichel@spd-berlin.de](mailto:peter.treichel@spd-berlin.de).

**Konzert.** Zu einem Konzert des Trios par ici (franz.: "hier entlang") laden die Berliner Sektion der französischen Sozialisten und die SPD Kollwitzplatz am kommenden Dienstag. Das Trio spielt ein Programm mit speziell für die Besetzung (Gesang und Gitarre, Akkordeon, Kontrabass) bearbeiteten Arrangements der wichtigsten Vertreter des französischen Chansons der letzten fünf Jahrzehnte. Das Trio tritt im Rahmen einer französisch-deutschen Europafeier auf. Zu der Veranstaltung der Berliner Sektion der französischen Sozialisten und der SPD Kollwitzplatz wird auch die Berliner Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt erwartet. Dienstag, 27. Mai 2008, ab 20.00 Uhr, Café Lyrik, Kollwitzstraße 97, 10435 Berlin, der Eintritt ist frei.

**Diskussion mit Ottmar Schreiner und Dieter Scholz.** „Arm trotz Arbeit – Wohin steuert der deutsche Arbeitsmarkt?“ heißt das Thema einer Veranstaltung mehrerer Charlottenburger SPD-Abteilungen am Montag, 26. Mai, um 19.30 Uhr im IB-Ausbildungshotel „Hotel Kurfürstendamm am Adenauerplatz“, Kurfürstendamm 68. **BS □**

# Beziehungen zur Pariser PS werden enger

Partnerschaft der SPD Mitte mit der PS im 12. Arrondissement

Die Beziehungen der Berliner SPD zur Pariser parti socialiste werden immer enger. Im November 2007 weilte eine Delegation der PS des 12. Arrondissements zum ersten Besuch und zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags in Berlin. Nach der erfolgreich bestanden Kommunalwahl in Paris konnte nun der Gegenbesuch der SPD Mitte vom 24. bis 27. April in Paris stattfinden. Die Berliner Delegation wurde von Dr. Christian Hanke, Vorsitzender der SPD Mitte und Bürgermeister des Bezirks Mitte, sowie Lars Neuhaus, Fraktionsvorsitzender in der BVV Mitte, angeführt.

Auftakt war ein Spaziergang im neu eingerichteten Park Bercy in einem ehemaligen Hafengelände an der Seine, eingerahmt von den Neubauten des Finanzministeriums und der Bibliothèque Nationale. Nach einer Bootsfahrt auf der Seine folgte der Besuch in der Cinémathèque, dem nationalen französischen Filmuseum. Die letztgenannten drei Gebäude haben alle ihr Gegenstück im Bezirk Mitte. Der erste protokollarische Höhepunkt war der Empfang im Pariser Rathaus durch den stellvertretenden Pariser Bürgermeister Christian Sautter, und einer anschließenden Führung durch die Arbeits- und Prunkräume des Rathauses. Der Tag klang mit einem gemeinsamen Essen in einem Szenelokal des Kiezes aus.

Am Sonnabend fanden sich alle im Ali-gre-Viertel ein, das ein Schwerpunkt der sozialen Stadtentwicklung ist. Das kommunale Künstlerhaus, die "100" entstand nach Ideen, die Pariser Künstler aus Berlin mitbrachten. Gegen eine sehr geringe finanzielle Beteiligung können Künstler/innen Übungsräume und offene Atelierplätze zur Arbeit und zur Vorbereitung von Projekten benutzen. Zwischen "Professionellen" und "Nichtprofessionellen" wird nicht unterschieden - dieser Unterschied, so lernen wir, habe sich in der Freizeitgesellschaft aufgehoben. Ebenso beeindruckend war der Besuch im "Café associatif", einem gemeinnützigen Café in einem ehemals besetzten Haus, das den Vereinen des Arrondissements und ihren Mitgliedern perfekt hergerichtete Räume mit allen technischen Möglichkeiten und einer Bar mit kleiner Küche bietet.

Träger beider Einrichtungen sind gemeinnützige Vereine, die mit wenigen Festangestellten und vielen Ehrenamtlichen arbeiten. Neben dem Cafe wird ein kommunales Jugendprojekt entstehen.

Dann ging es ins pralle Pariser Leben auf dem Markt von Aligre, der hier an 6 Tagen



Die SPD Mitte am Info-Stand der PS auf dem Aligre-Markt. Fotos: privat

in der Woche in einer Markthalle und umliegenden Ständen stattfindet. Zusammen mit den Pariser camarades verteilten die Genossen und Genossinnen aus Mitte Flugblätter der PS. Am Markt wie überall in Paris sind die zahlreichen kommunalen Fahrradstationen nicht zu übersehen, an denen Fahrräder zu sehr niedrigen Tarifen gemietet werden können, die ersten 30 Minuten sind sogar gratis. Nach dem Mittagessen folgte ein gemeinsamer Spaziergang auf dem Viaduc des Arts, einem Grünzug auf einer stillgelegten Eisenbahnlinie. In dem anschließenden Besuch des Rathauses im 12. Arrondissement wurde nicht nur das schöne Gebäude besichtigt, sondern auch heiß über die unterschiedlichen kommunalpolitischen Strukturen in beiden Städten diskutiert. Die Diskussionen setzten sich im naheliegenden Parteilokal der PS fort, in dem bereits viele Mitglieder warteten. Unter der gemeinsamen Leitung von Frederic Engelmann (PS) und Philipp Steinberg (SPD) wurde der Entwurf des Europawahlprogramms der SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) diskutiert und überlegt, wie man sich gemeinsam einbringen kann. Der Einsatz für die europäische Einigung ist zweifellos eines der zentralen Motive für die Partnerschaft der beiden Parteilgliederungen.

Ein Empfang mit Aperitif gab nicht nur beste Gelegenheit zu Gesprächen, sondern war auch der Auftakt zum Abendessen in einem Auvergne-Restaurant im Bercyviertel. Dieses Diner war mit kurzen Ansprachen der beiden Vorsitzenden Christian Hanke und Monique Leblanc und dem Austausch von Gastgeschenken der protokollarische Höhepunkt und zugleich Abschluss des Treffens.

Die intensive Fortsetzung des Austauschs wurde vereinbart, gegenseitige Besuche sollen jährlich stattfinden. Insbesondere sollen Ideen und Konzepte zu den Problemen, mit denen sich sozialdemokratische Politik in modernen Großstädten auseinandersetzen muss, aber auch europäi-



Diskussion im Parteilokal der PS des 12. Arrondissements. Fotos: privat

sche Themen erörtert werden. Die jeweils zu vereinbarenden Themen sollen auf beiden Seiten vorbereitet werden. Auch das zweite Treffen zeigte, dass auf beiden Seiten eine große Bereitschaft zum Dialog vorhanden ist. Die Atmosphäre war außerordentlich herzlich, freundschaftlich und vertrauensvoll. Und so freuen sich die Berliner/innen schon jetzt auf den nächsten Besuch aus dem 12. Arrondissement im Herbst dieses Jahres in Berlin-Mitte.

Peter Schuster □

## Termin:

## Hinter den Kulissen des Olympiastadions

**Der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) lädt zu einem Blick hinter die Kulissen des Olympiastadions ein. Während der ca. 90minütigen Besichtigungstour werden die Interessierten in Bereiche geführt, die sonst der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.**

Das heutige Olympiastadion wurde nach den Plänen des Architekten Werner March in den Jahren 1934–1936 erbaut und wurde zu den Olympischen Sommerspielen eröffnet, die von den Nazis zu einem großen Propaganda-Schauspiel missbraucht wurden. Die teilweise erheblichen Kriegsschäden wurden im Auftrag der Bundesregierung seit 1954 beseitigt und zu Beginn der 1970er Jahre wurde das Stadion für die Fußball-WM 1974 vorbereitet sowie teilweise überdacht. In den Jahren 2000–2004 wurde das Stadion für die Fußball-WM 2006 umgebaut und modernisiert. **PM □**

➡ Der Rundgang findet statt Montag, 9. Juni 2008, 17.00 – 18.30 Uhr, Treffpunkt: 16.45 Uhr am Osttor, Olympischer Platz 3. Karten sind Montag bis Donnerstag von 10 bis 15 Uhr gegen einen Kostenbeitrag von 8,- € im Bürgerbüro von Swen Schulz, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin-Spandau erhältlich. Reservierungen: 030 – 36 75 70 90

Wissenschaft:

# Spitzenforschung in den neuen Ländern

Swen Schulz: SPD-Bundestagsfraktion setzt spezielles Förderprogramm durch

**In strukturschwachen Forschungsregionen soll die Kooperation zwischen exzellenten Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen gestärkt werden. Ein Erfolg der SPD-Bundestagsfraktion, deren Forschungspolitiker und Haushälter sich für eine Strukturförderung der Forschungslandschaft insbesondere in den Neuen Ländern ausgesprochen haben. Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz: „Unsere Initiative ‚ExzellenzPlus‘ dient nun als Grundstein für das neue Programm ‚Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern‘ der Bundesregierung.“**

„Damit wollen wir die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit in diesen Regionen nachhaltig verbessern“, so Swen Schulz, der Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages ist. „Wir wollen, dass gerade auch die Neuen Länder national wie international mit den etablierten Forschungsregionen auf Augenhöhe um Fördermittel konkurrieren können.“

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehe fest, dass eine verantwortungsbewusste

Forschungspolitik immer auch ihren Strukturauftrag ernst nehmen müsse, wenn sie den Zusammenhalt der deutschen Forschungslandschaft sichern und die Akzeptanz der ebenso notwendigen wie hochdotierten exzellenzbestimmten Spitzenförderung erhalten wolle.

Swen Schulz: „Deutschland wird sich auf Dauer eine zweigeteilte Forschungslandschaft in gut ausgestatteten ‚Forschungsclustern‘ vorwiegend im Süden und eine forschungspolitische ‚zweite Liga‘ im Norden und Osten nicht leisten können. Genau hier setzt die neue Förderinitiative an.“

Die Exzellenzinitiative hat ebenso wie der laufende Spitzenclusterwettbewerb gezeigt, dass neben dem Osten auch Regionen im Westen und Norden trotz herausragender, international beachteter Forschungsarbeit zu selten zum Zuge kommen und offenbar erhebliche strukturelle Wettbewerbsnachteile besitzen. Gefördert werden soll daher in diesen Regionen die Umsetzung von innovativen Strategien von Innovationsverbänden der Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft, die auf mindestens einen thematischen Profilschwerpunkt ausgerichtet sind.

Diese Verbände können länderübergreifend weiträumig organisiert sein. Schwerpunkt sind die neuen Bundesländer. Die Verbände können aber ausdrücklich auch Kooperationspartner aus den Alten Ländern einschließen. Noch im Sommer 2008 sollen erste Projekte starten.

„Für das Programm stehen bereits Startmittel von 45 Millionen Euro bis 2010 zur Verfügung“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete. „Die Forschungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion werden sich in den Haushaltsberatungen für 2009 dafür einsetzen, dass aus zusätzlichen Forschungsgeldern zur Erreichung des Drei-Prozent-Ziels weitere Mittel in dreistelliger Millionenhöhe in das Programm fließen. Diese auf Nachhaltigkeit und Breite angelegte Strukturinitiative hat für uns eindeutig Vorrang vor weiteren kurzatmigen Wettbewerben in der Forschungsförderung. Wir wollen die vorhandene Exzellenz in der Breite fördern und allen innovationsorientierten Akteuren in den Regionen hinreichend gleiche Wettbewerbsbedingungen ermöglichen. Dazu wollen wir mit der Förderinitiative einen wichtigen Beitrag leisten.“

PM □

Ernährung:

# Wege aus der Ernährungskrise

Ditmar Staffelt: Versorgung sichern, Spekulation beenden

**Die Nachrichten der vergangenen Jahre waren positiv. Immer weniger Menschen in der Welt litten an Hunger. Gerade der wirtschaftliche Aufstieg der Schwellenländer wie Indien, China und Indonesien hob viele Menschen aus der unmittelbaren Armut.**

Doch jetzt erreichen uns neue verstörende Nachrichten. Der Reis wird knapp, Menschen hungern wieder, Unruhen brechen aus und in Haiti musste bereits die erste Regierung zurücktreten. Zahlreiche Länder haben bereits ein Exportverbot für Reis und andere wichtige Grundnahrungsmittel verhängt. Sie wollen zuerst die eigene Bevölkerung ernähren.

Was ist passiert? Lebensmittel sind deutlich knapper und daher teurer geworden. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen: Globales Bevölkerungswachstum, die Umstellung von Ernährungsgewohnheiten in Indien und China, schlechte Ernten aufgrund von Dürren in Australien, das Nutzen von Lebensmitteln zur Gewinnung von

Bioenergien und nicht zuletzt auch Spekulation. Wenn ein Gut knapp wird, setzen Spekulanten darauf, dass der Preis steigt. Wenn immer mehr Anleger dem Trend folgen, steigen die Preise immer höher. Der frühere EU-Agrarkommissar Franz Fischler geht davon aus, dass 20-30 Prozent des Preisanstiegs auf Spekulanten zurückgeführt werden kann.

HUNGERN LINDERN, ANBAU  
VERBESSERN, ABSATZ STÄRKEN

Der Anstieg der Preise hat also viele Ursachen. Eine Antwort muss daher auch an verschiedenen Ecken anpacken. Kurzfristig ist es das Wichtigste, den Hunger zu lindern und die Ernährung der Menschen sicherzustellen. Daher ist es richtig, die Nahrungsmittelhilfe zu erhöhen. Die Bundesregierung hat dieses Jahr bereits 13 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Mittelfristig müssen wir ausreichend Lebensmittel für die wachsende Weltbevöl-

kerung produzieren. Alle Anbaumöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden. Das gilt insbesondere für die Entwicklungsländer. Hier hat die Landwirtschaft noch ein erhebliches Wachstumspotenzial. Mit Investitionen in moderne Anbaumethoden und der Eindämmung der Korruption muss hier eine grüne Revolution gelingen.

Am schlechten Zustand der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist Europa nicht unschuldig. Die Agrarpolitik der EU hat durch Abschottung gegen Importe und die Förderung der Exporte über viele Jahrzehnte die Märkte in den Entwicklungsländern zerstört.

Ein Bauer in Ghana oder den Philippinen hat keine Anreize Reis oder Getreide anzubauen, wenn er seine Produkte auf dem heimischen Markt nicht verkaufen kann. Damit muss Schluss sein, dann schaffen wir es auch, alle Menschen auf der Erde zu ernähren und bekämpfen die unsägliche Spekulation.

Dr. Ditmar Staffelt □



Stadtentwicklung:

# „Ein Beitrag zum sozialen Frieden“

Raed Saleh: Soziale Entwicklungen beachten - Zunahme der Probleme in Spandau

**Berlin fasziniert durch seine Vielfältigkeit - für die Bewohner und für Touristen aus der ganzen Welt. Aber Berliner Bezirke und Stadtteile sind auch teilweise Spiegelbild von Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven, Isolation und sozialer Ausgrenzung. Einerseits gibt es die prosperierenden Stadtteile innerhalb des S-Bahn-Ringes - andererseits die "vergessenen" Randbezirke Berlins.**

Die sozialen Ungleichheiten und die damit verbundenen Unterschiede im Stadtbild nehmen berlinweit zu. Das Programm "soziale Stadt" versucht den Ausgleich und will verhindern, dass Stadtteile, ja ganze Bezirke in Berlin abrutschen. Durch Stärkung und Koordination von bürgerschaftlichem Engagement kann das Kippen von Bezirken und Kiezen verhindert werden.

Sicher kann die Politik nicht ad hoc Arbeitsplätze schaffen und somit auf die Hauptursache positiv Einfluss nehmen. Sie kann aber gemeinsam mit den Kiezbewohnern kleine Schritte hin zu einer konkreten Verbesserung des eigenen Wohnumfeldes gehen. Sie kann die Eigenverantwortung der Menschen stärken - ohne aber sich selbst der Verantwortung zu entledigen.

**MODERNE STADTENTWICKLUNG  
IST MEHR ALS BAUPOLITIK**

Die SPD hat schon früh erkannt: Moderne Stadtentwicklung erschöpft sich nicht in baulichen Maßnahmen. Städtebauliche Konzeption muss auf einem ganzheitlichen Ansatz beruhen unter Einbeziehung sozialer Kriterien. Die Fortführung und Ausdehnung auf bisher nicht berücksichtigte Stadtteile ist bis zum Jahr 2013 zwar finanziell abgesichert. Die Verwendung der Mittel muss dabei künftig mit anderen Schwerpunkten und Kriterien erfolgen. Hier müssen wir neue Wege gehen:

Die Entscheidung für die Aufnahme von Stadtteilen darf nicht länger von überholten Kriterien wie dem Vorhandensein von Wohnungsbaugesellschaften abhängig gemacht werden. Eine stärkere Anwendung sozialer Kriterien führt zu einer sachlich gerechtfertigten Entscheidung über die Einbeziehung benachteiligter Stadtteile in das Quartiersverfahren.

Unter diesen Voraussetzungen wird deutlich, welche bisher nicht berücksichtigten Stadtteile sozial entwickelt werden müssen. Neben Stadtteilen in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Reinickendorf sind dies die Spandauer



*Raed Saleh ist Mitglied der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und neugewählter Kreisvorsitzender der Spandauer SPD.*

*Foto: SPD Spandau*

Neustadt, Haselhorst und die Wilhelmstadt. Hier konzentrieren sich die Probleme, die zu einer Einbeziehung in das Programm der Sozialen Stadtentwicklung führen müssen.

**SPANDAUER STADTQUARTIERE  
BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG**

Spandau leidet seit langem unter hohen Zahlen an Arbeitslosen durch den Abbau gerade von Industriearbeitsplätzen. Die Isolation von gesellschaftlichen Gruppen in einzelnen Stadtteilen nimmt rapide zu. Die Schere zwischen den sozial schwächeren und den sozial stärkeren Spandauerinnen und Spandauern nimmt zu und macht sich zunehmend auch im Stadtbild bemerkbar. Ich werde mich deshalb intensiv auf Landesebene um die Einbeziehung der Spandauer Stadtteile der Neustadt, Haselhorst und Wilhelmstadt einsetzen.

## 400 Lesungen in Neukölln

„Woche der Sprache und des Lesens“ bis zum 1. Juni

**Bis zum 1. Juni werden in Neukölln im Rahmen der „Woche der Sprache und des Lesens“ rund 400 Lesungen in Schulen, Büchereien und an zahlreichen öffentlichen Orten stattfinden.**

„Wenn die Veranstaltung mit einem abwechslungsreichen, spannenden Programm die Sprache in den Mittelpunkt stellt, dann widmet sie sich einer Schlüsselqualifikation, die auf die Lebenschancen in unserer Gesellschaft entscheidenden Einfluss hat. In nahezu allen Lebensbereichen

Ein besonderes Anliegen muss uns die Förderung von Toleranz und Akzeptanz aller Kulturen und Religionen sein. Durch Kontakt und gute Nachbarschaft werden Vorurteile untereinander abgebaut und gute Nachbarschaften gefördert.

Dazu bietet die solidarische und soziale Stadtentwicklung die besten Voraussetzungen. Sie bietet uns neue Wege der Bürgerbeteiligung und des Bürgerengagements mit dem Ziel der Integration vor Ort. Soziale Stadtentwicklung muss die starke Einbindung aller Menschen egal welcher Herkunft, Kultur, Alters oder Geschlechts zu ihrem Hauptanliegen machen - nur so ist eine passgenaue, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Gestaltung der Berliner Stadtteile und Kieze möglich.

Künftig wird es also immer wichtiger werden, die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv zur Netzwerkbildung und Koordinierung zu nutzen. Viele Menschen sind vor Ort aktiv - in Vereinen, Stadtteilzentren, Kirchen, Moscheen und als Einzelperson. Eine nachhaltige Quartiersentwicklung kann nur getragen werden im Zusammenschluss der vielen Initiativen, Vereine und Institutionen vor Ort. Die Förderung von gut funktionierenden Nachbarschaften und die Öffnung aller aktiven Institutionen sollten deshalb Schwerpunkt einer modernen kiezorientierten Stadtentwicklung sein.

In diesem Sinne muss soziale Stadtentwicklung hin zu einer solidarischen Stadtentwicklung unter unserem Vorzeichen - unter sozialdemokratischem Vorzeichen - weiterentwickelt werden.

Soziale Stadtentwicklung ist damit am Ende nicht mehr und nicht weniger als ein wichtiger Beitrag zum Erhalt und zur Förderung des sozialen Friedens in unserer Stadt.

**Raed Saleh** □

ist Sprache als Kernkompetenz unverzichtbar“, so der Schirmherr und Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky.

Kinder aus bildungsorientierten Familien haben bei ihrer Einschulung normalerweise eine Vorlesezeit von 3.000 Stunden hinter sich, so Buschkowsky. Die Initiatoren der Lesewoche nehmen sich eines „nicht wegzuleugnenden Defizits an, das einer künftigen positiven Entwicklung des Bezirks im Wege steht“.

**PM** □

➡ Termine siehe Seite 16

Medien:

# ARD und ZDF bald „offline“?

Frank Zimmermann: Entwurf zum Rundfunkstaatsvertrag nicht zustimmungsfähig

„Wenn es bei den geplanten online-Beschränkungen für ARD und ZDF bleibt, ist der Vertragsentwurf zum öffentlich-rechtlichen Programmauftrag (12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag) nicht zustimmungsfähig“, erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Frank Zimmermann.

„An den beiden entscheidenden Punkten – Telemedienauftrag und Nutzung der Archive – bleibt der jetzt bekannt gewordene Text ohne Not hinter dem Brüsseler Kompromiss von 2007 zurück. Ein solcher Rückschritt beim öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrag ist nicht hinnehmbar,“ so Zimmermann.

„Die Europäische Union hat die Entwicklungsgarantie der Sender im Internet bestätigt; jetzt müssen die Länder sie auch in den Staatsvertrag schreiben. Dazu gehört ein originärer online-Auftrag für die Rund-



ARD-Magazin Panorama: Sorge um das Online-Archiv. Foto: Horb

funkanstalten, der nicht auf 'sendungsbezogene' Inhalte beschränkt werden darf. Das Internet-Angebot ist nicht dazu da, lediglich das klassische lineare Programm 1:1 auch über das Netz zu verbreiten. Das Telemedienangebot ist im Zeitalter der Trimedialität eine der Säulen des öffentlich-rechtlichen Systems. Es muss grundsätzlich in dem Umfang zugelassen werden,

wie es journalistisch-redaktionell begründet ist. Grenzen sind in einer Negativliste (z.B. keine flächendeckende lokale Berichterstattung, keine kommerziellen Aktivitäten, keine Werbung usw.) sowie – bei neuen Angeboten – durch den sog. Drei-Stufen-Test zu ziehen.

Auch die Beschränkung des freien Archivzugriffs auf 7 Tage ist abzulehnen. So wäre es zum Beispiel weltfremd, wenn ein Dossier über die Kindheit von Obama und Hillary vor dem Wahltermin aus dem Programm genommen werden müsste. Vielmehr muss auch die Verweildauer von Telemedienangeboten redaktionell begründet sein und darf nicht starren Fristen folgen. Grundsätzlich muss den Rundfunkanstalten der Aufbau eines digitalen Archivs ermöglicht werden. Es wäre kaum zu erklären, dass öffentlich finanzierte Inhalte nach kürzester Frist nicht mehr frei abrufbar sein sollen.“

PM □

Arbeitsmarkt:

# Jobcenter in Berlin - wohin?

Rainer Thamm: Weiter Leistungen „aus einer Hand“ sicherstellen

**Das ist inzwischen hinlänglich bekannt: Die Jobcenter können - so wie sie jetzt strukturiert sind - nur noch bis längstens 2010 bestehen bleiben, weil die Kommunen (Landkreise, Städte) selbst zu entscheiden haben, wie sie ihre Leistungen (z.B. Miete, Heizung, Kindertagesbetreuung, Schuldnerberatung, Zuschüsse zu Klassenfahrten, psychosoziale Betreuung) erbringen.**

Unsere Ansprüche an "Hartz IV" waren und sind: Leistungen aus einer Hand, kompetente und zeitnahe Entscheidungen, Berücksichtigung dezentraler Arbeitsmarktanforderungen. Ist das ab 2011 zu gewährleisten? Es gibt mehrere Vorschläge.

1. Vorschlag des Bundesarbeitsministeriums und der Bundesagentur für Arbeit: Kooperative Jobcenter. Das bedeutet: Zentralisierung, weil die Jobcenter Einrichtungen der Bundesagentur sein sollen und nicht mehr Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Agentur für Arbeit. Das bedeutet den Weg zum Bundessozialamt, sehr geringen Einfluss der Kommunen auf Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

2. Vorschlag des Deutschen Landkreistags und der unionsgeführten Länder: Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik, alle Städte und Kreise werden Optionskommunen. Das bedeutet: Die Bundesagentur für Arbeit behält nur ihre Zuständigkeit für die beitragsfinanzierten Leistungen (im Wesentlichen das Arbeitslo-

sengeld) und verliert die Zuständigkeit für die steuerfinanzierten Leistungen (Arbeitslosengeld II = Hartz IV). Dann wären die Leistungen in einer Hand, nämlich bei der Kommune. Schwierig wäre aber eine überregionale Arbeitsmarktberachtung (und die entsprechende Beratung Arbeitsuchender).

3. Dritter Vorschlag: Alle finanziellen Leistungen werden von den Kommunen erbracht, alle Arbeitsmarktangelegenheiten (Beratung, Umschulung, Vermittlung) von den regionalen Agenturen für Arbeit. Vorteil: Alle Sozialleistungen aus einer Hand durch ausgebildetes Fachpersonal (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld), also Umkehrung der Entscheidung von 2004. Nachteil: Arbeitsuchende müssten zu zwei Behörden, die miteinander kooperieren müssen.

4. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt die Errichtung eines "Zentrums für Arbeit (ZfA)" auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen Kommunen und Agentur für Arbeit (also "auf gleicher Augenhöhe") vor. Dadurch könnten alle Leistungen nach SGB II unter einem Dach und aus einer Hand erbracht werden. Diese Errichtung sei "einfachgesetzlich" möglich.

Diese Zentren für Arbeit würden tatsächlich die Arbeit der derzeitigen Jobcenter fortsetzen. Klärungsbedarf besteht u.a. in der Frage, auf welcher Ebene die ZfA

angesiedelt sein werden (Landkreise, kreisfreie Städte, Land, Bundesagentur; Bildung als Sonderbehörde?) und wie Aufsicht und Koordinierung zu regeln sind.

Bei jedem dieser Vorschläge müssen wichtige Punkte geklärt werden. Stichworte: Ausbildung und Ressortierung des Personals, Personalvertretung, Finanzierung, Sozialdatenschutz, Software, Immobilien.

In Berlin sollte weiterhin klar sein, dass es sich fast ausschließlich um bezirkliche Aufgaben handelt (außer bei evtl. Landesprogrammen auf dem Arbeitsmarktsektor und bei Koordinationsaufgaben), die aber einheitlich organisiert und wahrgenommen werden müssen.

Die zwölf Jobcenter, unter welchem Namen auch immer, müssen bestehen bleiben.

Wir müssen vermeiden, dass es künftig zwei Anträge, zwei Sachbearbeitungen, zwei (abgestimmte?) Bescheide und zwei Wege für die Antragsteller gibt.

Die meisten Vorteile für die Betroffenen sehe ich beim vierten Vorschlag. Er entspricht auch am ehesten dem politischen Willen, der zum SGB II führte. Er orientiert die Arbeitslosen auf den Arbeitsmarkt, auf Schulung, auf Fördern und Fordern. Hingegen steht beim dritten Vorschlag die finanzielle Sicherung Bedürftiger im Vordergrund, während Schulung und Vermittlung nachrangig werden könnten.

Rainer Thamm □

Erinnerungen:

# Die Gesellschaft braucht Engagement

Dietrich Stobbe über die Liebe zu seiner Stadt und die Geduld in der Politik

**"Ich liebe diese Stadt" waren seine Abschiedsworte 1981 als Regierender Bürgermeister von Berlin. Und der Stadt durch politisch verantwortliches Handeln dienen zu wollen, war sein fester Wille.**

Dabei ist er gar kein echter Berliner. Geboren 1938 in Ostpreußen, hat er eine typische Vertriebenenbiografie. Gemeinsam mit seiner Mutter hat er unter "elendigen" Bedingungen dort gelebt und ist mit vielen, die Ostpreußen dann verlassen mussten, ein Jahr nach Kriegsende für kurze Zeit nach Berlin gekommen. Danach hat er viele Flüchtlingslager in der damaligen SBZ von innen gesehen und landete schließlich in Stade, an der Elbe, wo er das Gymnasium besuchte.

Direkt nach dem Abitur zog ihn dann alles nach Berlin. Er studierte an der damaligen Deutschen Hochschule für Politik, die später als Otto-Suhr-Institut in die Freie Universität eingegliedert wurde, Politologie.

"Die Professoren waren großartig", sagt Stobbe. "Sie haben das Scheitern der Weimarer Republik miterlebt, wurden von den Nazis verfolgt, durften nicht mehr lehren und jetzt, nach dem Krieg und dem Ende der Naziherrschaft, waren sie zurück an der Hochschule und für mich großartige Demokratie-Lehrer."

## MEHR AUSEINANDERSETZUNG MIT GESCHICHTE

Manchmal würde er sich wünschen, dass sich die heutigen Studenten ähnlich intensiv und ernsthaft mit der Entwicklung Deutschlands seit der Weimarer Republik auseinandersetzen würden, wie er damals, mit der Geschichte also, die in dem einen Teil Deutschlands zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland und zum Grundgesetz führte. "Das Grundgesetz ist das Beste, was wir haben", sagt Dietrich Stobbe.

Seit 1960 ist Stobbe Berliner Genosse. Vorher hat er schon angefangen als Mitglied für den sozialdemokratischen Hochschulbund, dessen Vorsitzender er später wird, große Veranstaltungen im Audimax der FU zu organisieren. Politiker wie Helmut Schmidt und Willy Brandt holt er dort hin.

## DER WEG IN DIE POLITIK

Bei einer dieser Veranstaltungen wird Willy Brandt auf den jungen zielstrebigem



„Berlin stimmt wieder: Wahlslogan der Berliner SPD mit dem Spitzenkandidaten Dietrich Stobbe. Foto: BS-Archiv

und durchsetzungsstarken Stobbe aufmerksam und spricht ihn an. Stobbe hält viel von Brandts Politik und für ihn ist zu diesem Zeitpunkt schon sonnenklar, dass auch er in die Politik gehen wird.

Zunächst ist er Kreissekretär in Charlottenburg. Dann holt ihn Kurt Neubauer 1962 als persönlichen Referenten in seine Verwaltung. 1967 wird er Mitglied des Abgeordnetenhauses, sein erstes politisches Mandat.

1977 dann der Höhepunkt: Dietrich Stobbe wird Regierender Bürgermeister von Berlin und wendet sich sehr aktiv der Stadtpolitik zu. Für ihn ist es ein Gebot der Stunde und gleichzeitig eine Chance, erst recht durch das 1972 in Kraft getretene Viermächte-Abkommen. Die Chance besteht darin, sich endlich ein bisschen von dem Krisenmanagement zu lösen. Die Lage in Berlin beruhigt sich allmählich, es gibt einen Ost-West-Interessenausgleich und: "Man musste sich einfach der vernachlässigten Stadtpolitik zuwenden", sagt er. "Es war zwar nicht so, dass gar keine Stadtpolitik existierte, aber es gab einen erheblichen Nachholbedarf in vielen Bereichen."

## NEUES „WIR-GEFÜHL“

Ihm ist wichtig, dass Berlin sich nicht allein auf den Schutz durch die Alliierten verlässt und auf die Unterstützung durch die Bundesregierung. "Ich wollte, dass Berlin ein eigenes und neues ‚Wir-Gefühl‘ entwickelt", betont Stobbe. "Ich wollte, dass wir nicht nur die Entspannungspolitik begrüßen und leben, sondern Berlin ein eigenes Gesicht bekommt und etwas Gutes aus

seiner Situation, seinem Status macht." Dazu gehört für ihn die aktive Ansiedelungspolitik ebenso wie die Kunst und Kultur in Berlin.

Schon früh erkennt Stobbe wie wichtig letztere für Berlin sein würden, und er hat die Abteilung Kunst aus der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst ausgegliedert und ein eigenständiges Ressort mit einem Kultursenator geschaffen. "Die Stärken, die Berlin im künstlerischen und kulturellen Bereich hat, sollten so deutlich herausgearbeitet werden", meint Stobbe, "hauptsächlich, um die Stadt für die Menschen in ganz Deutschland und in Europa attraktiv zu machen."

## ERSTES INTEGRATIONSKONZEPT

Unter seiner Führung wird auch das erste Ausländerkonzept für Berlin erarbeitet. "Wir hatten so viele Ausländer nach Berlin geholt, weil als Folge des Mauerbaus plötzlich circa 130.000 Arbeitskräfte fehlten", berichtet er. "Wir haben sie geholt und somit mussten wir uns auch um ihre Integration kümmern." Eine Maßnahme bestand beispielsweise in der besseren finanziellen Ausstattung der Bezirke, die einen hohen Ausländeranteil hatten, insbesondere in den Schulen. "Mir war klar, dass in dem Zusammenleben viel Sprengstoff liegt", sagt Stobbe, "und deshalb wollte ich dem aktiv entgegenwirken."

Viel ist über das Ende der Regierungszeit von Stobbe gesagt und geschrieben worden. Er geht mit den Worten: "Ich liebe diese Stadt, ihr zu dienen war Ziel meines Handelns." Und er geht wirklich, nach New York. Lange hält er es jedoch nicht aus und er kehrt zurück nach Berlin.

## „EIN SOZIALER AUSGLEICH IST NOTWENDIG“

Natürlich wird er oft um einen Metropolenvergleich gebeten, aber New York mit Berlin zu vergleichen widerstrebt ihm. Seiner Meinung nach ist es schon aufgrund der unterschiedlichen Größe und Bevölkerungszahl beider Städte schier unmöglich, einen sinnvollen Vergleich zu ziehen. Lieber ist ihm die Frage danach, was in Berlin wirklich gut gelungen ist: "Wir sind nicht nur eine kreative Stadt, sondern auch eine Stadt, die darauf achtet, dass ein permanenter sozialer Ausgleich stattfindet", sagt Stobbe. "Das ist zu meiner Zeit das Anliegen der Politik gewesen und Berlin sollte

**weiter Seite 12**



**Fortsetzung von Seite 11**

eine Stadt bleiben, die darauf achtet, dass Demokratie eben auch sozial funktioniert."

Der hauptsächliche Fehler in der Integrationspolitik Berlins liegt nach Stobbes Ansicht in dem Tempo: "Wir haben alles viel zu langsam gemacht" sagt er, "wir haben zu spät die Fragen aufgeworfen, die sich jetzt sehr scharf und konkret stellen z.B.: Wollen die Türken, die hier leben in Berlin bleiben oder hängen sie immer noch dem Traum einer Rückkehr nach? Beides ist natürlich möglich. Wenn die 2. und 3. Generation hier bleiben will, dann müssen wir einerseits die Angebote vergrößern, andererseits auch Forderungen stellen. Demokratie funktioniert nur in einem gegenseitigen Geben und Nehmen."

Vor 1977 war Stobbe Bundesenator. Er hat bei der Entspannungspolitik für Berlin eine aktive, koordinierende Rolle gespielt. Er war beteiligt an vielen Verhandlungen, die der Bund im Interesse von Berlin geführt hat.

#### VON DER ENTSPANNUNG ZUR WIEDERVEREINIGUNG

"Ich durfte aktiv an dem langen Weg, der 1989 dann zur Wiedervereinigung geführt hat, teilhaben", erzählt Stobbe. Er war Mitglied des Ausschusses "Deutsche Einheit" des Deutschen Bundestages und führte im Auftrage der SPD-Bundestagsfraktion die Gespräche mit der SDP-Fraktion in der Volkskammer. "Ich war immer davon überzeugt, dass wir es eines Tages schaffen könnten." Der DDR spricht Stobbe jeglichen Vorbildcharakter ab. "Die DDR war ein Staat, der mit seiner Partei einen totalitären Führungsanspruch praktizierte." Deshalb hielt er sich auch lieber an die Menschen, die in der DDR lebten. "Sie lehnten ganz überwiegend das politische System ab", sagt er. "Die Menschen wollten keinen eigenständigen Staat DDR haben, die Stimmung war immer geprägt durch den Wunsch nach der Einheit Deutschlands."



Gespräch an der Reinickendorfer SPD-Bürgertheke: Dietrich Stobbe (mit Hans-Jochen Gardain (l.) und Ilse Reichel). Foto: BS-Archiv

An den dritten Weg, den Deutschland hätte gehen sollen, zwischen Adenauer und Ulbricht, glaubte seiner Meinung nach der Weggefährte Harry Ristock. "Daran habe ich nie geglaubt", erzählt er, "Innerparteilich waren wir, Harry und ich, zwar Konkurrenten, aber mit viel Respekt für die Arbeit und das Engagement des anderen. Ich kam aus dem sich etablierenden Westdeutschland nach Berlin und war der Meinung, dass man den Weg der Westbindung gehen sollte und darauf warten, dass sich eine Option für eine Wiedervereinigung ergeben würde. Dass Deutschland vereint werden sollte, trennte uns nicht, nur der Weg der beschritten werden sollte - einigend war die Entspannungspolitik."

1989 erlebten Stobbe und das ganze deutsche Volk endlich, wofür so viele so lange gekämpft hatten: Die Wiedervereinigung Deutschlands.

Dietrich Stobbe ist zu der Zeit Mitglied des Bundestages und als Mitglied des Ausschusses "Deutsche Einheit" Mitgestalter aller dann entstehenden Verträge. "Auch bei der Einübung des Parlamentarismus waren wir unter anderem Richard Schröder behilflich", erzählt Stobbe schmunzelnd. "Ich persönlich habe in dieser Zeit nur Glück empfunden, nur Glück!"

Wieder ist es das Tempo, das ihn beschäf-

tigt: "Die äußere Einheit ist vollzogen, aber die verinnerlichte und gelebte wird mindestens zwei Generationen dauern. Als ich gemeinsam mit Willy Brandt am 10. November 1989 vom Brandenburger Tor zu der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus fuhr, hat dieser während der Fahrt den Satz aufgeschrieben: 'Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.' Dieser Satz gilt immer noch, aber wir brauchen einen langen Atem bei diesem Zusammenwachsen."

#### NICHTS ZU BEREUEN, NICHTS UNGESCHEHEN ZU MACHEN

Zurückblickend ist Dietrich Stobbe in der beneidenswerten Position, nichts zu bereuen, nichts ungeschehen machen zu wollen: "Ich bekenne mich auch zu den schwärzesten Tagen - Erfolg und Scheitern lagen auf meinem Weg sehr dicht beieinander. Was zählt ist das Engagement für die richtige Sache." Die jungen Menschen möchte er gern ermutigen, sich intensiv für die Politik zu engagieren und zu erkennen, dass der Einsatz für die Res Publica sinnvoller sei, als bloße Profitmache in der Wirtschaft.

**Grit Giebelhausen** □

Die Autorin hat sich u.a. auf das Verfassen biografischer Texte spezialisiert. Mehr: [www.gritpress.de](http://www.gritpress.de)

## Ausstellung zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Zu sehen bis zum 4. Juni in der Spandauer Bertold-Brecht-Oberschule

**Bis zum 4. Juni ist die Wanderausstellung „Für eine starke Republik! Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold 1924-1933“ in der Spandauer Bertold-Brecht-Oberschule zu sehen. Eröffnet wurde sie in dieser Woche vom Spandauer SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz.**

Anwesend war bei Eröffnung auch der Initiator der Ausstellung Hans Bonkas. Er hat sich ein Leben lang für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Zweimal wurde ihm dies zum Verhängnis. Während des Dritten Reiches wurde er wegen seiner

Mitgliedschaft im Reichsbanner verfolgt und später in der DDR wegen seiner Prinzipientreue inhaftiert. Nach seiner Freilassung siedelte er in die Bundesrepublik über. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1924 gegründet, stellte in der Weimarer Republik ein wichtiges Gegengewicht zu den antidemokratischen und antirepublikanischen Bündnissen dar. 1933 wurde der Verein von den Nationalsozialisten verboten aber 1953 in der Bundesrepublik bereits wieder neu gegründet. Aufgabe des Vereins ist heute, über die Folgen totalitärer Herr-

schaft aufzuklären und junge Menschen zu motivieren, sich als aktive Demokraten in der Gesellschaft zu beteiligen. Hans Bonkas reist dafür seit vielen Jahren unermüdlich kreuz und quer durch die Republik. Derweil hat der fast 90-jährige Sorge, dass ihm die Zeit knapp wird und er als einer der letzten Zeitzeugen bald nicht mehr wird berichten können.

**PM** □

➡ Die 27 Tafeln der Wanderausstellung sind bis zum 04.06. wochentags von 8.00 bis 17.00 Uhr im Foyer der Bertold-Brecht-Oberschule in der Wilhelmstr. 10 zu sehen.

Gedenken:

# Ein loyaler Linker

Zur Erinnerung an Berlins SPD-Vorsitzenden Franz Künstler (1888-1942) - Teil 2

**„Hat 1932 auch noch nicht die Entscheidung gebracht, so ist doch am Jahresende eine merkbliche Wendung für ein Absacken der faschistischen Bewegung und Gefahr Tatsache geworden. Und das ist ausschließlich das Verdienst der Sozialdemokratie und der Eisernen Front. ... 1933 soll die Vollendung unserer Wünsche nach endgültiger Überwindung des Faschismus bringen. An die Arbeit!“ Dies schrieb der Berliner SPD-Vorsitzende Franz Künstler Anfang 1933. Mit seiner Hoffnung stand er nicht allein, waren doch nach dem deutlichen Rückgang der Wählerstimmen für die NSDAP in der Reichstagswahl vom 6. November 1932 viele Gegner der Nationalsozialisten in dem Glauben, dass nun die schlimmste Gefahr vorüber sei.**

Als dann überraschend am 30. Januar 1933 Reichspräsident von Hindenburg Hitler das Amt des Reichskanzlers übertrug, befand sich die SPD-Führung in einem Dilemma, wollte sie doch nicht gegen eine zunächst verfassungsgemäß ins Amt gekommene Regierung den Generalstreik ausrufen. Wie die gesamte Führung von SPD, Gewerkschaften und den weiteren in der „Eisernen Front“ zusammengeschlossenen Organisationen war auch Künstler in dieser Situation der Meinung, man müsse abwarten, bis die Regierung Hitler die Maske der Legalität fallen lasse, um ihr dann entschlossen und legitimiert entgegenzutreten zu können. Der skrupellosen Machteroberungsstrategie der Nationalsozialisten mit ihrer pseudolegalen Vorgehensweise bei gleichzeitigem SA-Terror war man jedoch damit in keiner Weise gewachsen.

Nachdem durch die „Reichstagsbrandverordnung“ Hindenburgs die Grundrechte ausgehebelt worden waren und eine erste große Verhaftungswelle stattgefunden hatte, erfolgte nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 eine noch massivere Terrorwelle gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 - Franz Künstler war einer der 94 mutigen Abgeordneten der SPD, die dagegen stimmten - war den Nationalsozialisten eine wichtige Stufe der Machteroberung gelungen.

Auf der „Reichskonferenz“ der SPD am 26. April 1933 in Berlin wurde Künstler in den Parteivorstand gewählt. Wie auch andere Mitglieder des im Lande verbleibenden Teils der Parteiführung hoffte er, durch ein strikt legales Verhalten die SPD vor ei-



*Franz Künstler bei seiner Einlieferung in das KZ Oranienburg am 9. August 1933.*

*Foto: Archiv der Sozialen Demokratie*

nem Verbot bewahren zu können. Diese Hoffnung erwies sich als große Illusion, erklärt aber im Rückblick manches Fehlverhalten. Mit dem Parteiverbot vom 22. Juni 1933 begann dann eine neue Welle der Verfolgung von Sozialdemokraten.

Franz Künstler wurde am 24. Juni 1933 in Berlin von der Gestapo verhaftet. Nach einigen Wochen „Schutzhaft“ im Polizeipräsidium am Alexanderplatz und im Gefängnis Spandau wurde er am 9. August 1933 in das KZ Oranienburg gebracht. Sein Mitgefangener Gerhart Seger schrieb über den Empfang Künstlers im Lager: „Auch ihm wurde sein Haar zum Teil kurz geschoren, in das Haar auf der oberen Kopffläche wurden ihm drei Pfeile hineinrasiert und außerdem wurde ihm sein Schnurrbart zu Hälfte abrasiert. Künstler hatte das Lager zunächst ziemlich unbemerkt betreten, ... In diesem Augenblick machten Kommunisten die umhergehenden SA-Leute ...erst auf Künstler aufmerksam, da sich diese Kommunisten das Schauspiel, einen SPD-Führer durch die SA entsprechend behandelt zu sehen, nicht entgehen lassen wollten.“ Künstler blieb Häftling des KZ Oranienburg bis zu dessen Auflösung durch die SS im Juli 1934, dann wurde er zusammen mit 270 Leidensgenossen in das Konzentrationslager Lichtenburg gebracht. Hier musste er weitere sieben Wochen in „Schutzhaft“ verbringen, bis er - inzwischen durch die entsetzlichen Haftbedingungen erkrankt - Ende August 1934 entlassen wurde.

Nach Berlin-Neukölln zurückgekehrt, arbeitete Künstler wieder als Schlosser. Nach und nach nahm er wieder Verbindung zu seinen politischen Freunden auf. Da er intensiv von der Gestapo überwacht wurde, gehörte er nicht zum organisierten Funktionärskreis der illegalen SPD um Alfred Markwitz und dessen Nachfolger Alfred Lowack. Jedoch zählte gerade Franz Künstler in dieser Zeit des NS-Terrors zu jenem Kern von Genossen, die für den Zusammenhalt der Solidargemeinschaft sorgten. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Gesangsverein „Berliner Liederfreunde 1879“, als dessen Mitglied Künstler an der Organisation von Konzerten beteiligt war, die stets Treffpunkt einer großen Zahl gesinnungstreuer Sozialdemokraten waren. Andere, ebenfalls von Künstler maßgeblich organisierte Aktionen waren die Beerdigungsfeiern für verfolgte Sozialdemokraten. So kamen beispielsweise im Mai 1936 bei der Trauerfeier für Clara Bohm-Schuch, auf der Künstler die Rede hielt, ungefähr 6000 Menschen zusammen.

Im Juli 1938 wurde Künstler erneut festgenommen und vier Monate im „Hausgefängnis“ der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße inhaftiert. Zwar wurde er Ende November 1938 wieder entlassen, aber seine Gesundheit war nun vollends zerrüttet.

Bei Kriegsbeginn wurde Künstler, obwohl schwer herzkrank, zur Arbeit als Lastenträger für das Wehrmacht-Versorgungsdepot in Tempelhof dienstverpflichtet und musste im dortigen Hafen schwere Lasten tragen. Es handelte sich um eine von der Gestapo initiierte, gezielte Maßnahme zur Vernichtung Künstlers, wie ein Genosse später bezeugte. Der einstmalig robuste Mann war den Anstrengungen dieser Arbeit nicht mehr gewachsen und wurde im März 1940 als Invalide aus der Dienstverpflichtung entlassen.

Am 10. September 1942 brach der erst 54-jährige Franz Künstler auf dem Weg zu seinem Arzt aufgrund eines Herzanfalls zusammen und starb wenig später während des Transports in das Urban-Krankenhaus. Die Trauerfeier für Franz Künstler im Krematorium Baumschulenweg wurde zu einer stummen Massenkundgebung von Berliner Sozialdemokraten. Eine riesige Menge von über 1000 Menschen gab dem beliebten langjährigen Berliner SPD-Vorsitzenden das letzte Geleit und bewies damit, dass die Partei trotz des Verbots lebte.

**Ingrid Fricke** □

Ingrid Fricke ist Mitglied der historischen Kommission der Berliner SPD.

# Sein Rat bleibt gefragt

## Willi Diedrich zum 85. Geburtstag

**Der in Berlin-Moabit aufgewachsene Willi Diedrich stammt aus einer christlichen Familie, seine Eltern waren Anhänger der Bekennenden Kirche und nahmen für ihre Überzeugung berufliche und soziale Nachteile in Kauf. Willi, der schon mit neun Jahren seinen Vater verlor, schafft bereits mit 16 Jahren (!) das Abitur. Doch das mit 17 Jahren begonnene Studium der Jurisprudenz und der Auslandswissenschaften musste wegen verweigerter NS-Anpassung aus politischen und sozialen Gründen abgebrochen werden. Es folgten der nazistische Reichsarbeitsdienst und die Wehrmacht.**

Wie für viele ehemalige Soldaten Hitler-Deutschlands, die in jungen Jahren die Schrecken des Krieges erfahren mussten und von grausamen Erlebnissen geprägt, 1945 nach Neuorientierung suchten, galt auch für Willi Diedrich und seinen jüngeren Bruder die Maxime: Das darf sich nicht wiederholen!

Es war die schon bald um ihre Unabhängigkeit kämpfende SPD und besonders ihr charismatischer Vorsitzender Kurt Schumacher, die ihn anzogen. Willi widmete sich, zunächst als Jugendfunktionär, dann als Moabiter Abteilungsvorsitzender, der Parteiarbeit, gehörte dem Kreisvorstand (unter Paul Hennig) und 20 Jahre dem Landesparteitag an.

Unabhängig davon nahm er das Jurastudium wieder auf und absolvierte - neben seiner Tätigkeit in der Tiergartener Bezirksverwaltung - durch anstrengende Abend- und Wochenendarbeit nach sechs Semestern das erste Examen.

Senator Lipschitz und andere in der Senatsverwaltung für Inneres waren früh auf den sehr Talentierten aufmerksam geworden und trugen immer wieder neue Herausforderungen an ihn heran: So Einführung und Umsetzung der Datenverarbeitung in der Berliner Verwaltung. Zwischen 1964 und 1971 wirkte er an der Spitze der Verwaltung der Technischen Univer-

sität, danach beim Wirtschaftssenator, wo er, die neuen Möglichkeiten des Viermächte-Abkommens nutzend, für die Sicherung des Gütertransports und des Personenverkehrs sowie die Verbesserung des Fernverkehrs verantwortlich zeichnete.

Schließlich übertrug ihm der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz mit dem Amt des Protokollchefs des Landes eine besondere Vertrauensposition.

Es war wohl nicht zuletzt seine große Fähigkeit, Kompetenz und Durchsetzungskraft in der Sache, mit bestrickender Verbindlichkeit in der Form zu verbinden, die ihn für die nun folgende Aufgabe empfahl: Auf Vorschlag von Berlins unvergessenem Bausenator Harry Ristock wurde Willi Diedrich Kaufmännischer Direktor der BVG.

Als er an seinem 65. Geburtstag aus dem Amt schied, kamen wohl über 500 Menschen, die ihm Dank und Verbundenheit ausdrückten. Es war ein schönes Kompliment für den heute 85jährigen, den ein Insider der Berliner Stadtpolitik einmal liebevoll-ironisch "Die Mehrzweckwaffe des Berliner Senats" nannte. Möge er uns und seiner Familie noch lange erhalten bleiben, denn sein kluger Rat und seine Erfahrung sind immer noch gefragt. **R. Sandvoß** □

## GEBURTSTAGE

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten



## T ERMINE

- SPD Spandau – **Swen Schulz, MdB, „Kümmertour“**, Sonnabend, 24. Mai, von 9.30 bis 10.30 Uhr, Einkaufszentrum, Siemensstadt, Eingang Popitzweg
- SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abteilungen 73, 78, 93 und die AfA des Kreises, **Arm trotz Arbeit – wohin steuert der deutsche Arbeitsmarkt?** mit: Ottmar Schreiner, MdB, Bundesvorsitzender der AfA; Dieter Scholz, Vorsitzender DGB Berlin-Brandenburg; Dr. Alexandra Wagner, Geschäftsführerin FIA Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt; Prof. Dr. Bernd Reissert, Prof. für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der FHTW Berlin, Montag, 26. Mai, um 19.30 Uhr, IB-Ausbildungshotel, „Hotel Kurfürstendamm am Adenauerplatz“, Kurfürstendamm 68, 10707 Berlin, Nähe: U-Bahnhof Adenauerplatz
- SPD Pankow, **Thierse trifft ... Seyran Ates**, Rechtsanwältin und Autorin, Dienstag, 27. Mai, um 19.30 Uhr, Kulturbrauerei im Soda-Salon, Eingang Knaack- oder Sredzkistraße. Der Eintritt ist frei.
- SPD Bundestagsfraktion, Fraktion vor Ort: **Zukunft der Pflege, mit Petra Merkel, MdB, und Ulla Schmidt**, MdB und Gesundheitsministerin, Dienstag, 27. Mai, 19.00 Uhr, Westend, Haus S – Aula, Spandauer Damm 130, Informationen und online-Anmeldung: [http://www.spdfrak.de/cnt/rs/rs\\_dok/o,43830,00.html](http://www.spdfrak.de/cnt/rs/rs_dok/o,43830,00.html)
- Fachausschuss Umwelt, **Die Lärmminde-rungsplanung**, Dienstag, 27. Mai, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berliner, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- SPD Mitte - Abt. Schillerpark, Abt. Rehberge + AfA, **Hartz IV – Risiken und Nebenwirkungen**, Dienstag, 27. Mai 2008, um 19.00 Uhr, Clubhaus des BSC Rehberge, Afrikanische Str. 45, 13351 Berlin, Bus 221
- Fachausschuss Wissenschaft und Swen Schulz, MdB, **Hochschulrahmengesetz – Was soll bleiben?** mit Ernst-Dieter Rossmann, MdB; Senator Jürgen Zöllner, Bildungs-senator und Swen Schulz, MdB, Mittwoch, 28. Mai, 19.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- SPD Bundestagsfraktion, Fraktion vor Ort: **Wiederaufbau Afghanistans - Perspektiven für die Jugend Afghanistans auf dem Weg zum eigenverantwortlichen Wiederaufbau**. Mit Detlef Dzembritzki, MdB, Ursula Koch-Laugwitz, Büroleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan, und Petra Merkel, MdB, Mittwoch, dem 28. Mai, 18.00 Uhr, Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus, Informationen und online-Anmeldung: [http://www.spdfrak.de/cnt/rs/rs\\_dok/o,44031,00.html](http://www.spdfrak.de/cnt/rs/rs_dok/o,44031,00.html)
- Zukunftsforum Familie e.V., **Kinderarmut – ist eine Kindergrundsicherung die Lösung?** Donnerstag, 29. Mai, 19.00 bis

21.30 Uhr, Vertretung des Saarlandes beim Bund, In den Ministergärten 4, 10117 Berlin, Anmeldung spätestens bis zum 21. Mai 2008 an Barbara König – mail: [info@zff-online.de](mailto:info@zff-online.de)

- SPD Treptow-Köpenick, **Bürgergeld – Alternative?** mit Günther Horzetzky, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Dr. Klaus Ulbricht, Freitag, 30. Mai, 18.00 Uhr, Alte Schule Adlershof, Dörfeldstraße 54, 12489 Berlin
- SPD Spandau – Abt. Wilhelmstadt, **Politischer Stammtisch in der Wilhelmstadt** mit Burgunde Grosse, MdB, und Christian Haß, SPD-Bezirksverordneter in Spandau und Vorsitzender der SPD-Wilhelmstadt, Freitag, 30. Mai, 20.00 Uhr, „Cafe Charlie“, Blasewitzer Ring 36
- SPD Hellersdorf-Marzahn, **Kinderarmutskonferenz: Arme Kinder - Reiches Land**, mit Iris Spranger, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen; Sven Kohlmeier, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin; Igor Wolansky, Fachreferent für Kinder- + Jugendhilfe der Arbeiterwohlfahrt Berlin; Wolfgang Büscher, Kinderhilfsverein "Die Arche", Liane Ollech, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Freitag, 6. Juni, 18.00 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, Parkplätze vorhanden. Bus 154 und der U 5, Haltestelle "Elsterwerdaer Platz"
- SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. City, **Traditionelles Stadtteilfest auf dem Viktoria-Luise-Platz**, mit Spielen für Kinder, Essen und Trinken, Trödel, Live Musik und Politik, Samstag, 7. Juni, 15.00 bis 19.00 Uhr, 10777 Berlin
- SPD Spandau, **„Begegnung schaffen – Zukunft sichern, Dialog der Religionen“**. Ganztägiges Symposium mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, Swen Schulz (MdB) und Raed Saleh (MdB), Samstag, 7. Juni, von 10.00 – ca. 16.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum „Gemischtes“ des Gemeinwesenvereins Heerstr. Nord e. V., Sandstraße 41, 13593 Berlin
- SPD Spandau - Swen Schulz, **Besuch des Olympiastadions am 9. Juni**, Montag, 9. Juni, von 17.00 bis 18.30 Uhr, Treffpunkt: 16.45 Uhr am Osttor, Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

### Diskussion:

## 29. Mai: Bürgerforum „Mitreden über Europa“

Die Berliner SPD-Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt diskutiert beim Bürgerforum "mitreden über Europa" mit weiteren Berliner Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Großen Konferenzsaal des Europäischen Hauses über die Zukunftsfragen der Europäischen Union. Im Anschluss an die Diskussion stellen sich Projekte und Organisationen aus der Region vor.

➔ 29. Mai 2008, um 19.30 Uhr, Europäisches Haus, Unter den Linden 78, S-Bhf: Unter den Linden

## S PRECHSTUNDEN

- **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.
- **DETLEF DZEMBRTZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder [info@dzembritzki.de](mailto:info@dzembritzki.de)
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de). Nächste Termine: Freitag, 20. Juni, 15 bis 17 Uhr
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de) Nächster Termin: Freitag, 13. Juni 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Freitag, 11. Juli 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr,
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro:** Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 12. Juni 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Donnerstag, 3. Juli 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr -- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015, Nächster Termin: Dienstag, den 10.06.08 - 15.00 bis 17.00 Uhr
- **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter [joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de](mailto:joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de) -- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter [andreas.buechner@spd.de](mailto:andreas.buechner@spd.de).
- **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

## T RAUER

### Wir trauern um :

**Margot Eschmann**, geb. 20.12.1916, gest. 30.4.08, Abt. Alt-Moabit, Mitgl. s. April 1977;  
**Romuin Reich**, geb. 7.11.1944, gest. 20. Mai 2008, Ku-Damm-Abteilung 77 Charlottenburg;

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Lesung:

# Heimat ist Geruch und Geschmack

Horst Bosetzky las im Kurt-Schumacher-Haus

**Heimat habe viel mit persönlichen Eindrücken zu tun, mit der Erinnerung an einen bestimmten Geschmack oder Geruch, sagt Horst Bosetzky. In seinen Romanen aus der Berliner Nachkriegszeit hat er all das eingefangen und verarbeitet. Und bei seiner Lesung am vergangenen Sonntag im Kurt-Schumacher-Haus konnte er damit viele Erinnerungen wecken.**

Viel Persönliches hat Horst Bosetzky in seine Romanfigur Manfred Matuschewski einfließen lassen. Auch er wächst in Neukölln auf, auch er studiert Soziologie, auch er ist einige Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bremer Landesregierung, um dann wieder nach Berlin zurückzukehren, an die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege. Ein großer Unterschied allerdings, so Horst Bosetzky auf Nachfragen aus dem Publikum: „Manfred Matuschewski schreibt nicht - ich wollte dagegen immer Schriftsteller werden.“

Seit 2000 ist Horst Bosetzky emeritiert und kann sich ganz dem Schreiben widmen. Als Vorsitzender des Schriftstellerverbandes VS in Berlin allerdings kämpft er zugleich auch für seine Kolleginnen und



Horst Bosetzky und die SPD-Kulturpolitikerin Brigitta Lange. Foto: Horb

Kollegen, er ist auf zahlreichen Lesungen zu Gast. So unterstützt er derzeit die noch bis zum 1. Juni laufende Neuköllner „Woche der Sprache und des Lesens“. Hier ist noch einmal Gelegenheit, ihn zu hören. **U.H. □**

➡ Montag, 26. Mai: 16.00 Uhr, Autorenlesung, U-Bahnhof Hermannplatz, U7, Ausgang Richtung Karstadt, Zwischengeschoss, Horst Bosetzky liest aus „Berliner Bahnen“

➡ Freitag, 30. Mai, 21.00 Uhr, Autorenlesung, Café Hopperle, Karl-Marx-Str. 131-133, Horst Bosetzky liest aus „Bratkartoffeln oder die Wege des Herrn“

## Mehr Verständnis?

Die Linke und die Arbeitsmigration in den siebziger Jahren

**Das August-Bebel-Institut beschäftigt sich am 20. Juni in einer Veranstaltung exemplarisch mit der Zuwanderung von Arbeitsmigranten in den siebziger Jahren und den Reaktionen der Berliner Linken.**

Unter dem Titel »Mehr Verständnis für Ausländer zeigen« war damals ein Artikel des SPD-Bezirksverordneten Peter Malik in der Bezirksamtszeitung „Kreuzberger Echo“ erschienen. Ende der 70er Jahre ent-

standen gemeinsame Plattformen wie die IGAM – »Initiative zur Gleichstellung der ausländischen Mitbürger«. In der Veranstaltung geht es an Hand der Kreuzberger Einwanderungsgeschichte um die Ausländer/innen- und Integrationspolitik der 1970er Jahre. Gesprächspartner sind Peter Malik, Horst Müller (ehem. IGAM) und Prof. Kerim Edinsel.

➡ Anmeldungen bis zum 13. Juni beim August-Bebel-Institut, Tel. 4692 122

## KULTURTIPPS

**Noch Reservierungen möglich.** Für den Besuch im Berliner Friedrichstadtpalast am 28. Juni gibt es noch einige Karten. Die Show „Glanzlichter der Revue“, zu der die Berliner Stimme und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie einladen, zeigt Evergreens aus über einem Jahrhundert Revuegeschichte, vom Berliner Kabarett der 20er Jahre, über den Glamour des New Yorker Broadways bis hin zu den großen Pariser Revuen. Gaststar am 28. Juni ist Max Mutzke. Wir bitten um rasche Reservierung. Auf den regulären Kartenpreis erhalten wir 20 Prozent Rabatt (Preisgruppen 1 - 3). Intendant Dr. Berndt Schmidt berichtet über die aktuelle Situation und gibt einen Ausblick. **BS □**

➡ „Glanzlichter der Revue“, 28. Juni, 19 Uhr, Einführung durch Intendant Dr. Berndt Schmidt. Auf die Karten der Preiskategorien 1 (regulär 61 Euro), 2 (52 Euro) und 3 (45 Euro) erhalten wir einen Rabatt von 20 Prozent. Reservierung unter berliner.stimme@spd.de, telefonisch unter 4692 150 oder per Post an Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

**Fotoausstellung im Willy-Brandt-Haus.** Der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus zeigt bis zum 22. Juni eine Ausstellung mit 78 Fotografien von Letizia Battaglia, einer mutigen Frau, die ihr Leben als Fotografin, Stadträtin und Verlegerin dem Kampf gegen die Mafia gewidmet hat. Dabei ist die Kamera ihre Waffe: Mit ihren Fotos rüttelt sie auf, mit ihnen gibt sie der Mafia ein Gesicht, mit ihnen kämpft sie für die Freiheit.

➡ Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr; Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.

**Kreuzberg-Buntpapier.** Bilder von Günter Rudolf Kokott zeigt das Kelleratelier Künstlerpech vom 1. Juni (Eröffnung: 16 Uhr) bis 26. Juli in der Neuenburger Str. 17 in Kreuzberg.

➡ Mi - Fr von 16 bis 19,30 Uhr, Sa 15 bis 19 Uhr.